

Brot für die Welt und Misereor fordern zur Einhaltung des Völkerrechts und zur Intensivierung der Friedensbemühungen im Nahen Osten auf

Einen Monat nach der Veröffentlichung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs zur rechtlichen Beurteilung der Besetzung der Palästinensischen Gebiete durch Israel bleiben Völkerrechtsbrüche aller Parteien an der Tagesordnung und der Konflikt droht weiter zu eskalieren, auf Kosten der Menschen in der Region und der gesamten internationalen Gemeinschaft.

Am 30. Dezember 2022 ersuchte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) den Internationalen Gerichtshof (IGH) um ein Gutachten über die rechtliche Beurteilung der seit 1967 andauernden israelischen Besetzung der Palästinensischen Gebiete. Am 19. Juli 2024 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Gutachten. Er kam unter anderem zu dem Schluss, dass die fort-gesetzte Besetzung Israels in den Palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem, völkerrechtswidrig ist. Demnach ist Israel verpflichtet, seine rechtswidrige Präsenz in den Palästinensischen Gebieten zu beenden, alle Siedlungsaktivitäten einzustellen und alle Siedler*innen aus den Palästinensischen Gebieten zu evakuieren. Außerdem ist Israel verpflichtet, Entschädigung für Schaden, der durch völkerrechtswidrige Handlungen entstanden ist, zu leisten. Der IGH unterstreicht außerdem die aus dem Gutachten erwachsenden Konsequenzen für Drittstaaten, auch Deutschland, die verpflichtet sind, ihrerseits das Völkerrecht zu achten und Verstöße in keiner Weise zu unterstützen.

Die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor unterstützten in Israel und in den Palästinensischen Gebieten durch langjährige Partnerschaften zivilgesellschaftliche Organisationen, die für Verständigung zwischen den Völkern, und für Respekt der Menschenrechte und des Völkerrechts eintreten. Das Gutachten ist eine Chance, mit neuem Momentum für die Einhaltung des Völkerrechts durch alle Parteien und einen nachhaltigen Frieden zu arbeiten, der das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sowie das Existenzrecht Israels respektiert. Für die Partnerorganisationen von Brot für die Welt und Misereor im Nahen Osten hat das Gutachten Hoffnung geweckt und Forderungen verstärkt für Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, für eine neue Haltung und verändertes Engagement der internationalen Gemeinschaft, sowie für eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die sich auf beiden Seiten für ein gewaltfreies, rechtebasiertes Miteinander und nachhaltige Lösungen für die Menschen einsetzt. Das Gutachten ist rechtlich nicht bindend und verfügt als Rechtsauskunft des obersten Rechtsorgans der Vereinten Nationen doch über großes rechtliches Gewicht und Autorität. Es ist eine Erinnerung an die Regeln, die die Staatengemeinschaft sich selbst gesetzt hat, um menschliches Leid zu begrenzen, und an die Verpflichtungen, die daraus für Konfliktparteien und die internationale Staatengemeinschaft erwachsen.

Nur eine dauerhafte Lösung des Konflikts, die auf der Einhaltung von internationalen Rechtsgrundsätzen aller Seiten sowie auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Versöhnung basiert, kann das Leid aller Menschen in der Region beenden und zu Frieden führen.